

- AKADEMIE
- gut gemacht.
- V%rteilsclub
- Aboangebote
- Tarif

- Zur Kärnten-Ausgabe

**KLEINE
ZEITUNG**

Zuletzt aktualisiert: 16.01.2014 um 20:09 Uhr

ÖBB prüfen möglichen Klagsbeitritt zu Huber-Anklage

Nach der überraschenden Anklageausweitung gegen den im Telekom-V-Prozess (Schillerplatz-Immobilienverkauf) angeklagten Ex-ÖBB-Chef Martin Huber überlegen nun die ÖBB das weitere Vorgehen. Huber wird von der Staatsanwaltschaft auch noch "schwerer Betrug" an den ÖBB, seinem früheren Arbeitgeber, vorgeworfen.



Foto © APA Die Angeklagten im Telekom-Prozess. Zweiter von Links: Ex-ÖBB-Chef Huber, gegen den die Anklage ausgeweitet wurde

Nach der überraschenden Anklageausweitung gegen den im Telekom-V-Prozess (Schillerplatz-Immobilienverkauf) angeklagten Ex-ÖBB-Chef Martin Huber überlegen nun die ÖBB das weitere Vorgehen. Ein möglicher Beitritt zur Anklage als Privatbeteiligte werde geprüft, hieß es von Seiten der Bundesbahn Donnerstagnachmittag zur APA.

Huber, der die bisherigen und die neuen Anklagepunkte entschieden zurückweist, saß bisher wegen Beteiligung an Untreue gegenüber der Telekom Austria auf der Anklagebank. Die Telekom hat sich als Privatbeteiligte der Anklage angeschlossen. Seit Donnerstag wird Huber von der Staatsanwaltschaft auch noch "schwerer Betrug" an den ÖBB, seinem früheren Arbeitgeber, vorgeworfen. Er soll über sein Engagement in der Schillerplatz 4-Projektentwicklungsgesellschaft (SP4) nicht wahrheitsgemäß berichtet haben. Der mutmaßliche Schaden liege über 50.000 Euro.

An der SP4 hielt Hubers - wegen Untreue gegenüber der Telekom mitangeklagte - Ehefrau Barbara Huber-Lipp 25 Prozent der Anteile, Huber selber hielt 75 Prozent über einen Treuhänder. Nach außen hin schien Martin Hubers Beteiligung also nicht auf. Huber-Lipp agierte als Geschäftsführerin - "faktischer Geschäftsführer" sei jedoch ihr Ehemann gewesen, so der Staatsanwalt.

Huber versteht Anklageausweitung nicht

Huber hatte anfangs in der Öffentlichkeit geleugnet, dass er der Eigentümer der 75 Prozent an der SP4 gewesen ist. Zu den Geschäften seiner Frau nehme er nicht Stellung, ließ der damalige ÖBB-Chef über seinen Sprecher ausrichten. Am Donnerstag sagte er vor Journalisten, er habe seine Aufsichtsräte immer voll informiert und verstehe daher die Anklageausweitung nicht, er werde aber mit der Staatsanwaltschaft kooperieren.

Huber stand von November 2004 bis April 2008 an der Spitze der ÖBB. Der damals als guter Netzwerker bekannte Manager, nach eigenen damaligen Angaben ÖVP-Mitglied, kam eigentlich aus der Baubranche. Seine Meriten verdient hatte er vor allem in der Projekt- und Immobilienentwicklung. Von 1991 bis 1999 war der Baumanager in der Immobilientochter UBM tätig - von 1997 bis 1999 als Vorstand für Akquisitionen und Projektentwicklung. 1999 wechselte er in den Vorstand der Porr Projekt und Hochbau AG, seit 2003 saß er im Vorstand der Konzernmutter Porr AG.

In Hubers Amtszeit fiel ein teures Spekulationsgeschäft der Bundesbahn mit der Deutschen Bank. Der Rechnungshof übte Jahre später im Juni 2010 scharfe Kritik: Das komplizierte und riskante "bahnfremde" derivative Finanzgeschäft mit der Deutschen Bank in Höhe von 613 Mio. Euro sei von ÖBB-Mitarbeitern eigenmächtig ohne Beschlüsse der zuständigen Organe eingegangen worden. Der damalige Vorstand und Aufsichtsrat hätten einen früheren und billigeren Ausstieg verpasst, so die Prüfer. Das Spekulationsgeschäft wurde im Jänner 2010 gegen Einmalzahlung der ÖBB an die Deutsche Bank in Höhe von 295 Mio. Euro vorzeitig beendet. Bei seinem Abschied im Jahr 2008 habe Huber eine "großzügige" Abfindung erhalten, kritisierten die Prüfer: Ansprüche von 1,26 Mio. Euro seien ihm trotz des Verdachts auf Pflichtverletzung zugestanden worden.

"Reithofer und Pöchhacker informiert"

Huber selbst wies am Abend in einer Mitteilung seines Anwalts die Vorwürfe der Justiz zurück, er hätte seinen ehemaligen Arbeitgeber ÖBB über seine Beteiligung am Projekt Schillerplatz 4 getäuscht.

"Martin Huber hat sowohl gegenüber dem Aufsichtsratsvorsitzenden Wolfgang Reithofer als auch gegenüber dem späteren Aufsichtsratsvorsitzenden Horst Pöchhacker den Sachverhalt vollinhaltlich offen gelegt", schrieb Hubers Rechtsanwalt Meinhard Novak. Donnerstagsabend in einer Aussendung. "Die Beteiligung von Martin Huber am Projekt Schillerplatz 4 war dem Aufsichtsratspräsidium selbstverständlich bekannt", so Novak.

Der Anwalts-Mitteilung zufolge wurde der Sachverhalt im Auftrag des ÖBB-Aufsichtsratspräsidenten auch von der Rechtsanwältin Sieglinde Gahleitner rechtlich untersucht. Demnach habe Huber am 14.1.2008 dem ÖBB-Aufsichtsratsvorsitzenden Pöchhacker ein Informationsschreiben übermittelt, in dem es unter anderem heiße: "Für die Prüfung wesentlich ist (...), dass ich über einen Treuhänder 75 % der Geschäftsanteile an der Schillerplatz 4 Projektentwicklungs GmbH halte bzw. gehalten habe. Mit dieser Treuhandschaft habe ich sichergestellt, dass ich in keiner Weise tatsächlich unternehmerischen Einfluss nehme bzw. genommen habe." ... "Ich darf noch hinzufügen, dass ich den Sachverhalt schon im April 2006 - aus Anlass der Gründung der Schillerplatz 4 Projektentwicklungs GmbH - dem damaligen Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Reithofer mitgeteilt habe."

Quelle: APA